Preis 2 Mark

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 16,—, vierteljährlich M. 48,—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 24,—, vierteljährlich M. 72,—, im übrigen Ausland monatlich M. 36,—, vierteljährlich M. 108,—. Postscheckkonto Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 11346. — Geschäftsstelle: München, Thierschstraße 15. — Fernruf 20647 — Geschäftszeit 8—12 u. 2—6 Uhr, Samstag 8—1 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 5,—, für München M. 4,—, mit entsprech. Nachlaß. Reklamezeile M. 16,—, Finanzanzeigen netto M. 4,—. Familienanzeigen M. 2,50. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 2,50. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20647. — Drahtanschrift: Beobachter, München. — Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 56 — **München (Samstag), den 15. Juli 1922** — **36. Jahrgang**

Archiv und Museum ... München

„Ein Daniel kommt zu richten, ja, ein Daniel!"

So ruft bekanntlich in Shakespeares „Kaufmann von Venedig" der Jude Shylock aus, in der Meinung, einen Richter seiner Gesinnung vor sich zu haben. Aber er irrt sich. Statt des starren Buchstabengeistes fällt die wägende Weisheit das Urteil.

Neulich war das anders, und „Shylock" konnte seinen Schnitt machen. Vor dem Volksgericht München I, vor demselben, das seinerzeit unsere Parteigenossen Hitler, Esser, Körner und Bauer wegen „Landfriedensbruches" zu drei bzw. 6 Monaten (ohne Bewährungsfrist!) verdammt hatte, wurde eine Anzahl Linksradikaler, denen das gleiche Vergehen, nur in weit größerem Umfang und mit tatsächlicher Berechtigung, zur Last gelegt war, freigesprochen. Mit vier gegen eine Stimme. Man geht schwerlich fehl, wenn man jene vier Stimmen auf die vier Laienrichter und den kläglichen Rest auf den einen Berufsrichter zurückführt. Der Staatsanwalt hatte für die Rädelsführer die Mindeststrafe von je sechs Monaten Gefängnis beantragt. „Daniel" aber kehrte sich unter der „glänzenden" Rabulistik zweier jüdischer Rechtsanwälte (beide wohl Mitglieder des für Ordnung und Recht fanatisch schwärmenden „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens") keinen Deut daran.

Weiter ist darüber nichts zu sagen. Höchstens an Schopenhauers Urteil betreffs der Laiengerichte könnte man noch erinnern, jener Gerichte, „wo", wie er grollt, „statt gelehrter und geübter Kriminalrichter, welche unter täglicher Entwirrung der von Dieben, Mördern und Gaunern versuchten Schliche und Finten grau geworden sind und so den Sachen auf die Spur zu kommen gelernt haben, nunmehr Gevatter Schneider und Handschuhmacher zu Gerichte sitzen, um mit ihren plumpen, rohen, ungeübten, tölpelhaften, ja, nicht einmal einer anhaltenden Aufmerksamkeit gewohnten Verstande die Wahrheit aus dem täuschenden Gewebe des Truges und Scheines herauszufinden, während sie noch obendrein dazwischen an ihr Tuch und ihr Leder denken", vielleicht auch, wie man zeitgemäß hinzufügen könnte, an allerlei Gefahren.

Wie in Vorahnung unserer heutigen Zustände fährt Schopenhauer fort: „Als ob nicht Parteilichkeit zehnmal mehr von den Standesgleichen des Beklagten zu befürchten wäre, als von den ihm völlig fremden, in ganz anderen Regionen lebenden, unabsetzbaren und ihrer Amtsehre sich bewußten Kriminalrichtern. Nun aber gar die Verbrechen gegen den Staat und sein Oberhaupt, nebst Preßvergehen, von der Jury (einem Laientribunal) richten lassen, heißt recht eigentlich den Bock zum Gärtner machen."

Die „Münchener Post" triumphiert. Es gibt eben verschiedene „Triumphe". Ein kleiner Bengel triumphierte einmal, weil er sich in die Hose gemacht hatte.

Hitler, Esser usw. hätten keine Veranlassung gehabt, über eine Verurteilung ihrer Gegner Genugtuung zu empfinden. Wo das Recht mit Gefängnis bestraft wird, muß das Unrecht frei ausgehen.

D. E.

An alle Bezieher des

„Völkischen Beobachters"

Wir bitten dringend, die noch rückständigen Bezugsgebühren für das erste Vierteljahr (M. 18.—) sowie die in unserer letzten Nummer festgesetzte Erhöhung für das zweite Vierteljahr (Bezugsgebühr M. 48,—) baldgefälligst auf unser Postscheckkonto 11346 zur Einzahlung zu bringen.

Rückstände, die bis 1. August 1922 nicht eingehen, werden durch Nachnahme erhoben.

Wir bitten alle Bezieher, uns die dadurch entstehende Mehrarbeit und sich selbst die Nachnahmekosten zu ersparen.

Geschäftsleitung des „Völkischen Beobachters".

Au, Auer, am — Auer Mühlbach

Was sind das doch für schäbige Kerle in der „Münchener Post"! Da hat sich glücklich wieder einmal ein Verräter aus unseren Reihen bei ihnen eingestellt, oder vielmehr der alte, von uns längst erkannte käufliche Lump hat ihnen wieder einmal allerlei Glitzerkram zugetragen; flugs stürzten sie sich auch schon wie die Dohlen auf das stinkige Schofelzeug und zerstocherten es unter einem Mordsgeschrei, als hätten sie fürs Auer Erhardl den Stein der Weisen gefunden.

Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Ich für meine Person würde einen notorischen Spitzel nicht mit dem Schürhaken anfassen; die edlen Herren der „Post" aber, dieselben Leute, die jahraus, jahrein die Notwendigkeit einer ehrlichen Kampfesweise betonen, würdigen einen solchen Gauner ihres ganz besonderen Vertrauens.

Unsere Geldgeber meinen sie herausgeklaubt zu haben. Du lieber Gott, daß der „Beobachter" bei den jüdischen Wucherpreisen des Papierkonzerns nicht ohne Unterstützung bestehen kann, ist selbstverständlich. Es kommt bloß darauf an, woher er diese bekommt. Von den Juden nicht, Herr Auer. Lieber würden wir auf Ihrer Bank einbrechen, Herr Auer, als auch nur einen Pfennig denen verdanken, die unser Volk, in erster Linie die deutschen Arbeiter bis aufs Blut aussaugen. Die „Post" ist da anderer Ansicht? Wir wissen es, Herr Auer.

Nur von Menschen unseren Schlages, unserer Gesinnung, unserer Gefühlsart nehmen wir Hilfe an. Es ist noch gar nicht so lange her, daß wir, mitten in der ärgsten Not, einen recht stattlichen Betrag sofort nach Empfang wieder zurückgaben, als es sich herausgestellt hatte, daß der betreffende Spender in einem wichtigen Punkte nicht mit uns übereinstimmte. So komisch Ihnen das auch vorkommen mag, Herr Auer, es war doch so.

Wir machen es also nicht wie die „Post", die hinging und unter allen möglichen Vorspiegelungen der von ihr bekämpften „Bourgeoisie" (Münchner Brauereibesitzer usw.) namhafte Beträge, in bar und in Form von Annoncen, entlockte. Derartiges halten wir für charakterlos, für gemein.

Im Oktober vorigen Jahres war nach der „Post" ein Amerikaner unser Hauptgeldgeber. Damals bat ich das Blatt um dessen Adresse. Wenn es mir dann gelänge, den Krösus zu einer Riesenspende für unsere Sache zu bewegen, so hielte ich mich für verpflichtet, für den Hauptschriftleiter der „Post" die unausbleiblichen Irrenhauskosten zeit seines Lebens zu tragen. Die „Post" schwieg.

Jetzt kommt sie mit anderen Leuten unter Nennung verschiedener Namen. Sie fragt aber nur, ob diese Herren als Geldgeber für uns in Betracht kämen. Wie singt der leider noch sehr wenig bekannte Dichter Xaver Müller?

„Mut braucht man nicht, um Unheil anzuzetteln;
Im Horchen liegt die Kraft der alten Betteln."

Von den in der „Post" aufgezählten Herren sind mir persönlich — und ein anderer als ich hat mit der ganzen Frage überhaupt nichts zu tun — die meisten bekannt, durchaus nicht alle. Und so erkläre ich denn: nicht den Wert eines roten Hellers haben wir aus den Taschen dieser Herren geschenkt erhalten!

Und damit Punktum! Wer es nicht glauben will, soll es bleiben lassen; es ist uns gleichgültig. Wir haben uns nichts vorzuwerfen. Es ekelt uns nur vor der echt jüdischen Schnüffelei, deren sich die „Post" wieder einmal befleißigt hat. Heymann Baruch — du kennst deinen Schulchan Aruch!

Nur noch ein Wort auf die letzte Frage: ob es wahr sei, daß General v. Epp zum Ankauf des „Völkischen Beobachters" 60000 M. gegeben habe? Nein, nein und dreimal nein, es ist nicht wahr! Wie oft soll ich denn das noch wiederholen? Es ist ja gerade, als ob man an ein volles Odelfaß hinspräche. General v. Epp hat mir, wohlverstanden, mir allein, zu einer Zeit, als ich mit der Leitung des „Beobachters" noch nicht das geringste zu tun hatte, die 60000 M. gegeben, aber nicht etwa geschenkt, sondern geliehen (so viel Kredit hatte ich Gott sei Dank), und dieser Betrag ist längst wieder an ihn zurückbezahlt! Ich erinnere mich genau, daß er damals ausdrücklich hervorhob: „Ihnen persönlich gebe ich das Geld", also nur für meine privaten Zwecke.

Wie mir mitgeteilt wird, behauptet Herr Auer, in seinen Händen befände sich eine „Werbeschrift" von mir, in der ich zugäbe, die 60000 M. für den Ankauf des „Völkischen Beobachters" erhalten zu haben. Ich ersuche Herrn Auer, mir das Dokument vorzulegen. Er kann wen er will und so viele Leute er will dazu mitbringen, ich werde ohne Begleitung kommen. Wenn meine Unterschrift unter dem Akt steht, will ich seinen Spitzel in aller Form für einen Ehrenmann erklären.

Dietrich Eckart.

Schaffung der „Mordatmosphäre"

Der „geistige Kampf" mit „geistigen Mitteln", zu dem der unantastbare ehemalige Minister Philipp Scheidemann aufgerufen hat, nimmt seinen Fortgang. Die Unterführer zum Schutze des Börsenjudentums haben ihn gut verstanden, und der gewaltsamste Terror gegen alles Deutsche hat eingesetzt. Abgesehen von der verfassungswidrigen Schließung völkischer Vereinigungen, geht namentlich die Niederknüppelung aufgewachter Arbeiter vor sich.

Unsere hochwohllöbliche Reichsregierung erklärte, in Zwickau seien „nur (!) zwei" Arbeiter erschossen worden. Uns scheint das zuviel für den Tod eines Juden. Was Zwickau betrifft, so ist dort der Staat (die „geschützte" Republik) schon von den Schützern ausgeschaltet. Der Aktionsausschuß aller marxistischen Parteien führt wacker aus, was das jüdische Börsenblatt, die „Frankfurter Zeitung", ersehnt. Er erklärt in einem Flugblatt, dafür Sorge tragen zu wollen, „daß ein Eingreifen von Polizei und Sipo unter allen (!!) Umständen künftig ausgeschlossen sei". Den „Ordnungsdienst" würden die „Funktionäre der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien" ausüben.

Der „Ordnungsdienst" der jüdischen Schutztruppen hat sich in erster Linie gegen die aus dem jüdischen Betruge erwachten Arbeiter gewandt, d. h. gegen Angehörige der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. In Zwickau allein wurden bis jetzt 28 unserer Parteigenossen (darunter 4 Familienväter) aus den Betrieben ausgeschlossen, u. a. mit der Begründung, sie hätten an einer — Sonnenwendfeier teilgenommen! Demokratie! Freiheit! Laut Beschluß wurde das Tragen des Hakenkreuzes untersagt und angeordnet, andernfalls dies Zeichen gewaltsam zu entfernen. Duldsamkeit! Geistiger Kampf!

•

In gleicher Weise arbeitet das Großjudentum. Ein großes jüdisches Warenhaus mit Niederlassungen in Leipzig, Zwickau und vielen anderen Orten Mitteldeutschlands hat an seine Filialen folgendes Rundschreiben erlassen, das uns auf den Tisch geflogen ist:

Bericht Nr. 488.

Verbandszugehörigkeit der Angestellten.

Wie bereits in früheren Jahren, haben wir Erörterungen angestellt darüber, ob wir Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in unserem Personal dulden wollen.

Die Geschäftsleitungen werden wohl in den letzten Jahren darauf geachtet haben, daß Mitglieder dieses Verbandes möglichst entlassen werden; trotzdem dürften in einzelnen Geschäften noch Mitglieder des D.H.V. vorhanden sein.

Im allgemeinen läßt sich die Verbandszugehörigkeit feststellen nach der Zugehörigkeit zur Krankenkasse.

Die jetzige politische Spannung und besonders der Mord an Rathenau, bei dem es außer Zweifel steht, daß er durch die Hetze innerhalb der Deutschnationalen Partei veranlaßt worden ist, zwingt uns, eine energische Haltung in der hier vorliegenden Frage einzunehmen.

Wir ersuchen deshalb die Geschäftsführer unserer eigenen Geschäfte, ohne jede Rücksicht auf Fähigkeit, Eignung und Persönlichkeit zum Ultimo d. M. Angestellten, die dem D.H.V. angehören, zu kündigen.

Wir wissen, daß es sich hierbei in einzelnen Fällen um erste Angestellte handelt, auf die die Geschäftsleitung großen Wert legt (Kottbus); trotzdem ersuchen wir, ohne Ausnahme unsere Anordnung durchzuführen.

Es ist nicht ratsam, von der Firma aus eine Begründung zur Kündigung zu geben; dagegen steht nichts im Wege, wenn vertrauenswürdige Angestellte dazu veranlaßt werden, Kollegen, die die Kündigung erhalten haben, auf den eigentlichen Grund zur Kündigung hinzuweisen.

Geschäftsleitung.

Also Juden, die ihrem Jehova auf den Knien danken sollten, daß das deutsche Volk sie überhaupt zum Handel im Deutschen Reiche zuläßt, kündigen einfach ihren Angestellten, die nicht auf die „Frankfurter Zeitung" schwören. Kampf mit „geistigen Waffen", Philipp Scheidemann?

•

In München hat dieser Kampf in ähnlicher Weise eingesetzt. Da an der Spitze unserer Gründer nicht jüdische Millionäre stehen, sondern deutsche Arbeiter, so war es seit langem das Bemühen der Juden und ihrer Schutztruppen, unsere Führer zu verleumden und zu begeifern. Zu gleicher Zeit, da das Verleumderblatt aus angeborener Geistesanlage, die „Münchener Post", den Gründer unserer Partei, Anton Drexler, als Organisator des Erzbergermordes verleumdete, sollte dieser Mann, der 20 Jahre am Schraubstock gestanden hatte, aus der Hauptwerkstatt auf die Straße gesetzt werden. Nicht, weil ihm Sträfliches nachgewiesen wurde, sondern weil er — Antisemit ist.

•

Adolf Hitler setzt man ins Gefängnis (grundsätzliche Versammlungssprenger der Judenschutztruppe spricht das Gericht frei), Anton Drexler raubt man die Arbeitsmöglichkeit, andere Parteigenossen verfolgt man, wo man kann . . .

Krokodilstränen werden im sogenannten Deutschen Reichstag über die „Mordatmosphäre" vergossen. Aber wer züchtet diese Stimmung der Verzweiflung? Ist es nicht das Schanddokument von Versailles, dessen wahren Inhalt uns unsere „arbeiterfreundlichen" Reichsregierungen immer verheimlicht haben? Ist es nicht die Erfüllungspolitik, die uns allen den letzten Blutstropfen abzapft? Ist nicht die gemeine Verhöhnung des deutschen Volkes, die tagtäglich durch alle Judenzeitungen und -zeitschriften geht, daran schuld?

Die Züchtung der Mordatmosphäre geht vom jüdischen Berlin aus, das seinem Haß gegen uns alle keine Grenzen mehr zu setzen versteht, das ruhig Millionen deutscher Arbeiter der Auszehrung überliefert und dann ein Geschrei über „reaktionären Antisemitismus" erhebt. Der Tod eines Börsenjuden, dessen System die deutschen Arbeiter ihr Elend verdanken, brachte Millionen von ihnen zu Sympathiekundgebungen auf die Straße! Der groteskeste Witz der Weltgeschichte! Wehe aber, wenn diese Millionen einmal erwachen . . .

Der neue Betrug

Volle vier Jahre stehen wir nun im Zeichen der „Erfüllung der Verpflichtungen". Monat für Monat rollten Millionen über Millionen in die Taschen der Ententebeherrscher und halfen so die Macht des internationalen Kapitalismus stärken: Tausende von Eisenbahnzügen mit Kohlen, Erzen und Fertigwaren fuhren nach dem Westen und halfen dem westlichen Imperialismus immer von neuem in den Sattel; im Lande selbst häuften sich die ungeheueren Mengen zerstörter Festungswerke, Luftschiffe, Ausrüstungsgegenstände; 13% deutschen Bodens wurden dem Feinde überliefert: es wurde erfüllt, erfüllt, erfüllt. Die jüdische Börsenpresse brüllte im trauten Verein mit den sogenannten Arbeiterblättern jeden Deutschen nieder, der auf das notwendige Ende dieses Wahnsinns hinzuweisen wagte: auf die vollkommene Ausplünderung Deutschlands, auf die Verelendung des schaffenden Volkes, um schließlich — nur zermürbter — wiederum da zu stehen, wo wir im Spätherbst 1918 standen.

Jetzt hat die Erfüllungsregierung sich selbst die schallendste Ohrfeige vor aller Welt versetzt: Die sogenannte Reichsregierung (Philipp Scheidemann nannte sie Gerichtsvollzieher der Entente) erklärt, sie könne beim besten Willen nicht mehr zahlen! Dazu gibt sie eine Begründung, welche genau das wiederholt, was von den Gegnern dieser jämmerlichen Erfüllungspolitik immer behauptet wurde. Im Mai 1921 habe der Dollarkurs 60 M. betragen, jetzt stehe er auf über 500; die 720 Millionen Goldmark machten heute bereits 80 Milliarden (!) Papiermark aus, wozu noch 66 Milliarden der „Devisen-Verpflichtungen des Reiches aus der Erfüllung des Vertrages von Versailles" hinzukämen. Ein hübsches Sümmchen also von einhundertvierzigtausend Millionen Mark!

Im März 1921 sagten alle weitsichtigeren Leute, die Politik der Erfüllung würde unsere Schulden nur erhöhen, da der Markkurs langsam, aber sicher fallen würde, kurz über lang ständen wir vor der Katastrophe. Jetzt ist Deutschland zu drei Vierteln ausverkauft, die Finanzhoheit ist aufgegeben worden, der große Bluff von Genua ist verpufft, der Vertrag von Rapallo beginnt seine zersetzende Wirkung bereits zu zeitigen, und trotz aller Erniedrigungen steht die Regierung der Erfüllung mit einer viel größeren Verschuldung vor der „Reparations"kommission als vor Anfang ihrer „Tätigkeit".

Auf die bauchrutschenden Windungen der neuesten Note einzugehen ist nicht nötig. Sie verstehen sich dem Weltkapitalismus gegenüber seitens der Marxisten, Demokraten und Zentrumsmänner ganz von selbst. Aber auf die ungeheuere — Irreführung des deutschen arbeitenden Volkes, die wieder im vollsten Gange ist, müssen wir aufmerksam machen: In der Note wird — man lache nicht — die Hilfe (!) der „Reparations"kommission angerufen; die ganze Judenpresse aber wiederum preist die Weltbankiers als einzige Retter Deutschlands an, nur müßten sie selbstverständlich Garantien erhalten!

Die Milliardäre in Paris, London und Neuyork würden sich die Bäuche halten, wenn sie die deutschen Demokratengesichter sehen würden, die nach der Trauerbotschaft wieder hoffnungsvoll zu lächeln beginnen, wenn sie von Morgans, Kohns und Kahns neuen Hilfsplänen lesen. Diese werden vermutlich einige lumpige Milliarden „schenken", d. h. für die Zukunft mit Prozenten ankreiden, und die von Dr. Wirth mit Begeisterung festgesetzten 30 Jahre der „Erfüllung" auf dem „Wege zur Freiheit" werden sich in 50 Jahre verwandeln. Da aber die „Hilfe" — wir prophezeien es mit absoluter Sicherheit und bitten, dies **später nachzuprüfen** — derart geregelt werden wird, daß der Aushungerungsprozeß gerade noch weitergehen kann, ohne daß die 60 Millionen deutscher Kulis mitten in der Erfüllungsarbeit zusammenklappen, und weiter in der Weise, daß die „Verpflichtungen" nicht kleiner, sondern größer werden, deshalb nehmen wir uns auch jetzt wiederum die Freiheit, diese künstliche Anfachung neuer unbegründeter Hoffnungen durch die Hebräerpresse als einen neuen, unerhört frechen Betrug am deutschen Volke zu bezeichnen. Wenn ein Moratorium, eine große oder kleine Anleihe herausspringen sollte, und „Frankf. Ztg.", „Berl. Tagebl.", „Vorwärts", „Münch. Post" und andere deutschfeindliche Organe über „Erfolge" jubilieren werden, so sagen wir schon jetzt, daß dieses nichts ist als eine traurige Atempause für den deutschen Arbeitssklaven, um dann doppelt soviel aus ihm herauszupressen. Nachher kann er — vor die Hunde gehen. Wie in Rußland . . . Wir verstehen die Taktik obiger Judenblätter und der Kreise um sie herum sehr gut: Sie können nicht mehr die Wahrheit sagen. Sie haben uns jahraus, jahrein belogen und betrogen: die Arbeiter, wenn man ihnen die Schuppen von den Augen nehmen sollte, würden sich dann notwendig gegen ihre „Führer" wenden, denen sie gutgläubig auf königliche Seidenpolster verholfen haben, und eine furchtbare Abrechnung wäre ihnen sicher.

Aber es gibt eherne Notwendigkeiten, gegen die selbst die gewiegtesten Demagogen machtlos sind, und manchmal fällt doch ein helles Licht auf jahrelanges Vergehen. Ein solches Licht ist die Note der Reichsregierung an die „Reparations"-kommission.

Wer noch Augen im Kopfe hat, lese die Wahrheit und ziehe seine Folgerungen. Wir können das augenblicklich nicht schwarz auf weiß tun, da vermutlich die Regierung, die unantastbar und unfehlbar ist, darin eine „Verleumdung" erblicken würde. Aber es hilft auch ein Staatsgerichtshof zum „Schutze der Republik" nichts mehr. Bald werden die Steine reden, wo Menschen schweigen.

Unterstützung des Kapitalismus

Die „Reparations"kommission verlangt die Zahlung der 32 Millionen Goldmark; sie werden natürlich bezahlt werden. Unterdes darf das deutsche Volk den Truppen, die zur Kontrolle und Zwangsdrohung in Deutschland sitzen, noch folgende Gehälter zahlen. Es erhalten monatlich:

Vorsitzender General 103 800 (bisher 71 950) M.;
sonstige Generäle, Obersten und Oberstleutnants 76 475 (bisher 53 025) M.;
Majore in der Stellung eines Abteilungschefs 54 625 (bisher 37 875) M.;
sonstige Majore 49 175 (bisher 34 100) M.;
Hauptleute Leutnants und Unterleutnants 46 425 (bisher 32 000) M.;
Unteroffiziere 25 250 (bisher 17 500) M.;
Soldaten 15 300 (bisher 10 600) M.

Diese Leute beziehen außerdem noch den Gehalt ihres eigenen Staates!

Unterstützt die Erfüllungspolitik des jüdischen Marxismus, der Demokraten, des Zentrums den Imperialismus und den Militarismus, oder nicht?

Zeichen der Zeit

In Rosenheim wurde in der Stadtrats-Sitzung der Antrag der vereinigten linken sozialistischen Parteien auf Entfernung der Königs- und Heerführerbilder aus den Bureaus (im Rathaussaale befindet sich kein derartiges Bild) mit 18 bürgerlichen, gegen 6 sozialistischen Stimmen abgelehnt. Die Bürgerlichen haben 19 Sitze inne. Die Sozialisten 11 Sitze.

•

Im Fürther Stadtrat wurde bei Besprechung der sozialistischen Demonstration bekannt, daß von den Demonstranten, also doch zweifellos Marxisten, Juden mißhandelt, beschimpft und die wüsteste antisemitische Hetze getrieben wurde, die gleiche Hetze, gegen die man in Fürth acht Tage vorher demonstriert hatte. Da sich diese Tatsache, daß Arbeiter ihren wahren Feind erkannt und „sachgemäß" behandelt haben, nicht leugnen läßt, so ist es äußerst lehrreich, wie sich ein Arbeiterführer zu dieser Tatsache stellt. Der M.S.P.-Stadtrat Scherzer äußerte: „Mit dem Ausdruck ‚Saujud' sei noch lange nicht die gesamte israelitische Kultusgemeinde gemeint." Herr Scherzer, der den Ausdruck „Saujud" nicht als Antisemitismus gelten lassen will, wird sicherlich für seine Bemühungen von der israelitischen Kultusgemeinde den Davidstern angepappt erhalten.

•

Gegenwärtig wird bei der Zweigstelle der Reichstreuhandgesellschaft München im ehemaligen Zeughaus (Lothstraße) ein vandalisches Vernichtungswerk auf Befehl der Entente-Kommission vorgenommen. Es gelangen nämlich dort die seinerzeit im hiesigen Zollamte durch den Verrat eines Lumpen beschlagnahmten rund 9000 Stück neuer Jagdwaffen zur Zerstörung. Der volkswirtschaftliche Wert dieses Vernichtungswerkes geht in die Millionen. Tränen des Zornes und der Scham müssen jedem noch anständigen Deutschen bei Besichtigung dieser sadistischen Vernichtungsarbeit in die Augen schießen. Steht hier der Feind auch rechts, Herr Wirth?

1085 Prozent Dividende!

Aus dem Treiben der Aktiengesellschaften und deren verderbliche Wirkung soll ein kurzes Beispiel herausgegriffen werden. Die „Deutsche Equador-Kakao-Plantagen-und-Export-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Hamburg", will laut Geschäftsbericht für das Jahr 1921 eine Dividende von — 1085% verteilen bei nur 2 Millionen Mark Aktienkapital. Danach beanspruchen die 1085% Dividende 21 700 000 M. Die vier Aufsichtsräte, die zugleich Hauptaktionäre sind, sollen 2 402 347,66 M. bekommen, auf den Kopf also 600 000 M. Rücklagen, insbesondere stille Rücklagen, sind aus der Bilanz natürlich nicht ersichtlich und in den obigen Ziffern nicht enthalten. Die Gesellschaft gibt als Erklärung für die hohe Dividendenziffer die „weiter fortschreitende Entwertung der deutschen Reichsmark" an, obwohl es ihr gelungen sei, in Equador niedrige Preise zu erzielen. Es ist also an dem, daß nicht eigene Tätigkeit und zielbewußter, sittlich einwandfreier Geschäftssinn diese Gewinne verursacht haben, sondern lediglich das Valutaelend Deutschlands und die daraus entstehende allgemeine Not zur Selbstbereicherung in aller Form ausgenutzt wird.

Hat denn der Staat gegenüber einer derart herausfordernden Gewinnergatterung auf Kosten der notleidenden Bevölkerung gar kein Mittel mehr, Deutschland von den Blutsaugern im eigenen Lande zu säubern? Fallen solche Räubereien nicht wenigstens unter die ohnehin mangelhaften Wucherverordnungen? Die Namen dieses Aufsichtsrates und Vorstandes der Kakao-Verteuerungs-Gesellschaft sind: Rudolf Frhr. v. Schröder, sen., E. C. Hamberg, Dr. jur. Rob. Val. Kleinschmidt, R. Max Lefeld, Adolf Boehm, sämtliche in Hamburg.

—r—.

Der Geist von Weimar

Die Goethetagung zu Frankfurt a. M., in der Herr Fritz Ebert und Herr Gerhart Hauptmann einen bisher ganz unbekannten Dichter, Wolfgang von Goethe, im Namen der deutschen Republik vergewaltigt haben, hat an der Stätte des Wirkens dieses Dichters eine sinngemäße Fortführung gefunden. Zwar geht nicht mehr der Geist Goethes in Weimar um, sondern die Ausnahmeverordnung des obenbesagten Herrn Ebert. Dieser neue Geist von Weimar äußerte sich nach dem Rathenaumorde darin, daß man alles, was sich nach einer gewissen Stunde auf der Straße zeigte, wahllos festnahm und auf die Wache brachte. Ist das schon ein ziemlich ungeschicktes Verfahren, um Liebe für einen Polizeistaat aufzubringen, so ist das Verfahren besonders niederschmetternd, wenn durch solche Ausnahmegeister befreundete Ausländer betroffen werden. So hat man in Weimar zwei junge Schwedinnen unter der Tür ihres Fremdenheims verhaftet und, obwohl sie den Beamten baten, einzutreten und ihre Ausweise zu überprüfen, auf ein mit bereits Verhafteten beladenes Auto zur Wache geschleppt. Was unsere freiheitsliebenden Stammesbrüder von diesem Verfahren der deutschen Republik halten werden, kann sich Herr Ebert an den fünf Zehen abzählen.

Bei Adolf Bartels, dem deutschvölkischen Dichter und Schriftsteller, brach der neue Geist von Weimar zu nachtschlafender Zeit ein, um eine Haussuchung zu halten. Frau Bartels muß, nur notdürftig bekleidet, dieser Haussuchung beiwohnen. Wie die Beamten in den Keller steigen wollen und Frau Bartels etwas Wärmeres anziehen will, muß sie es in Gegenwart der Ebertgardisten tun.

Graf Görtz-Schlitz wird verhaftet, weil er auf der Straße belauscht wurde, wie er zu einem Bekannten eine Bemerkung machte, welche die „Sicherheit der Republik" untergrub. Den Schülern des Realgymnasiums wird auf den Ausflügen das Singen verboten, weil sie einmal vaterländische Lieder gesungen haben. Das Verbot nützt nichts, denn der alte Geist von Weimar läßt sich vom neuen Geist von Weimar nicht so ohne weiteres austreiben; deshalb geht das Gerücht, daß die Schule geschlossen werden soll. Der Schulgewaltige, der hier seine Rosinante gegen Windmühlen treibt, ist Herr Professor Scheidemantel (Verkleinerungsform von Scheidemann! D. Schriftl.), ein Sohn hochachtbarer Eltern, ehemals bekannt durch seine Bücklinge vor dem Großherzog, gegenwärtig Bauchtänzer vor Ausnahmegesetzen.

Zum Musenhof von Weimar gehört aber noch eine Gestalt, die wir nicht unerwähnt lassen wollen. Das ist der frühere stockkonservative preußische Landrat in der Lüneburger Heide, dann devotester Staatsminister in Reuß-Greiz und gegenwärtig U.S.P.-Minister namens Baron Brandenstein. Während ein Demonstrationszug nach Absingung der Arbeitermarseillaise seine Hochrufe auf ihn ausbringt, winkt die Frau Baronin vom Balkon aus mit dem Taschentuch. Das ist der neue Geist von Weimar; wir bedauern den alten Geheimrat Goethe, daß er diese erbaulichen Zustände nicht mehr nach Art des Jahrmarkts von Plundersweiler festhalten kann.

Der Sturm gegen Bayern

Die „Frankfurter Zeitung", die aus innerem Drange mit Schmutz um sich werfen muß, hat sich selbstverständlich als neuestes Ziel Bayern herausgesucht. Sie spricht es offen aus: „Der bayerische Widerstand gegen das Gesetz zum Schutz der Republik gilt im wesentlichen nicht einzelnen Paragraphen, gilt nicht angeblichen Verstößen gegen hohe liberale Grundsätze (von denen früher ja gerade Bayern und die dort herrschende Partei am wenigsten wissen wollte), gilt nicht der Verletzung bayerischer Hoheitsrechte — das sind alles nur Mittel im Kampfe; der Kampf selbst aber gilt der Republik, der republikanischen Staatsform in Bayern und im Reiche." Die „Frankfurter Zeitung" muß es ja ganz genau wissen, denn da das gesamte bayerische Oberland mit seiner antirepublikanischen Bevölkerung rudelweise durch Frankfurter Juden überschwemmt wird, braucht sie ja keinen Sonderberichterstatter, um sich über die Stimmung in Bayern zu unterrichten.

Etwas schlechter unterrichtet ist das Hebräerblatt über den Ausbruch der bayerischen Revolution 1918. Hier schreibt sie: „Wenn die erste Stelle des neuen Regimes keinem Urbayern zufiel, sondern einem wenige Jahre vorher aus Berlin Eingewanderten, so war das doch keine für München ungewohnte Erscheinung." Sie behauptet weiter, Bayern habe seit ungefähr einem Jahrhundert niemals Altbayern in leitenden Stellen gehabt und schreibt nach dieser frechen Geschichtsfälschung: „Der Sturz des Königtums in Bayern und der ganze dortige Zusammenbruch ist jedenfalls ein urbayerischer Vorgang gewesen (also obwohl keine Urbayern nach der „Frankfurter Zeitung" in leitenden Stellen waren), und wenn man für den Explosivcharakter dieses Vorganges und seine überradikalen Folgeerscheinungen Schuldige haben will, dann soll man sie nicht bei landesfremden Elementen suchen." Die Frechheit dieser Bemerkung ist schon durch die Hilflosigkeit der echt jüdischen Rabulistik gerichtet. Der Jude und „Kriegsschuldlügenmeister" Eisner und sein Anhang haben so nachhaltige Wirkung auf das bayerische Volk ausgeübt, daß jedes Wort mehr überflüssig wäre. Die Methoden der „Frankfurter Zeitung" vollends sind nicht danach angetan, eine brennende Liebe für Berlin und den Geist, der dort herrscht, im bayerischen Volk zu erwecken. Man versteht in Bayern vollkommen, wie schmerzlich bewegt man nördlich des Mains sein muß, wenn allem Liebeswerben von bayerischer Seite aus eine Kühle entgegengebracht wird, wie sie den Gebirgen eigen ist. Das mag man in den Niederungen der „Frankfurter Zeitung" nicht verstehen und wir unsererseits haben kein Bedürfnis, bei den Juden und Demokraten Aufklärung zu treiben. Wenn aber das Leibblatt der Hebräer meint, unsere Liebe zum Reich hätte durch das Gesetz zum Schutze der Republik eine Zwangsjacke erhalten, so täuscht sie sich darin ebensosehr wie in der Wirkung ihrer Drohung: „Das Gesetz zum Schutze der Republik wäre eine Farce und ein Volksbetrug, wenn nicht zugleich die Handhaben zu seiner verwaltungsmäßigen Durchführung geschaffen würden." Auch das wird auf die bayerische Bevölkerung den gewünschten Eindruck verfehlen. Dem Anmarsch des Reichsbüttels gegen Bayern sieht man mit Ruhe entgegen. Freilich verhehlen wir uns keineswegs, daß der Zwist zwischen Nord und Süd, den die „Frankfurter Zeitung" anscheinend ein Interesse hat, zu schüren, schwerwiegende Folgen für das Reich haben könnte. Aber noch ist es nicht soweit und vielleicht gelingt es dem Herrn Wirth, die Trennung zwischen Nord und Süd, die er auf seinem Nachtkästchen sitzen sah, zu verscheuchen. In Bayern wünscht man sie nicht, aber die Maßnahmen der Reichsregierung betreiben einseitig die Geschäfte jener Kreise, die mit diesem Gedanken liebäugeln. Hier wäre eine wichtigere Aufgabe zu lösen als die zum Schutze der Republik.

•

Während sich im Reichstag zu Berlin kindliche Gemüter in Einfalt und in Gesetzen zum Schutze der Republik üben, formen die Lippen des Doktors der Erfüllungen, Wirth, ein flehendliches Gesuch um Stundung des deutschen Sklaventributes. Das ist besonders schmerzlich für diese Art von Lippen, die sich kaum hinter der Drachensaat des Satzes: „der Feind steht rechts" (im übrigen beim Bruderkuß von Philipp Scheidemann übernommen) geschlossen haben, denn nun meldet sich der wahre Feind der deutschen Republik, den Herr Wirth mit seinen Ausnahmegesetzen nicht verscheuchen kann. In seiner Hilflosigkeit sieht der Erfül-

lungskanzler um sich, aber nur rote Mützen und das Geschrei der Straße dringt an sein Ohr. Irgendwo muß sich eine betrübte Seele Luft machen, und da hält gerade der bayerische Abgeordnete **Emminger** eine Rede, die Herr Wirth auf den Plan ruft, um unter dem Freudengeheul seiner linken Freunde gegen Bayern zu wettern. „Mit einer gewissen Betrübnis stellt er fest, daß in Bayern Persönlichkeiten, von denen man schon ihrem Amte nach es nicht für möglich halten sollte, daß sie diesen Mord (Arco — Eisner) verherrlichen — und es bleibt ein Mord — die Tat doch verherrlicht haben. **Das muß ich als Christ aufs tiefste bedauern.**" Natürlich spricht Wirths **christliches Bedauern von Arco — Eisner** und meint den Mord an **Rathenau**. Auch er scheut sich also nicht, Bayern in der fahrlässigsten Weise anzurempeln, ganz im Stile des Herrn **Dombrowski** vom „Berl. Tageblatt", der am Mittwoch schrieb: „Kompliziert wird diese Auseinandersetzung mit Bayern noch dadurch, daß nicht wenige **Geldgeber und Hintermänner der geheimen Organisationen sich gerade in München** befinden. Über kurz oder lang werden die bayerischen Justiz- und Polizeibehörden hier zugreifen müssen, und da es sich zum Teil dabei um Persönlichkeiten in großer sozialer Stellung handelt, so wird man wohl auch in dieser Hinsicht noch manche Überraschungen erleben. Die Hauptfrage ist zur Zeit die, **wann** diesen Herrschaften gegenüber endlich zugegriffen wird." Diese Übereinstimmung zwischen Wirth und Dombrowski ist zu auffallend, um nicht beabsichtigt zu sein. Nichts destoweniger fährt Herr Wirth, den wir gerne fragen möchten, ob diese Art und Weise auch **christlich** sei, in seiner Rede fort: „Gleichmacherei ist selbstverständlich sinnlos, aber wenn mit jedem Atemzuge gesagt wird, die Reichsmüdigkeit wachse in Bayern, und der Reichsrepublik zugerufen wird: Bis hierher und nicht weiter, und wenn das bayerische Volk vor die Frage gestellt wird, ob es am Reiche festhalten will, dann kann man sich nicht wundern, wenn ähnliche Fragen auch anderswo gestellt werden. Die Gegensätze, von denen immer wieder gesprochen wird, bestehen in Wirklichkeit nicht. Das Werk der Leitung Deutschlands **kann nicht das Werk einer Klasse sein** (trotzdem Herr Wirth mit seinem: der Feind steht rechts! eine Klasse ausgeschlossen hat. D. Schriftltg.!), auch nicht der Arbeiterklasse allein, sondern **alle Schichten unseres Volkes müssen dazu mitarbeiten.**"

Es wäre verfehlt Herrn Wirth darüber zu belehren, ob seine Regierungskunststücke die **Reichsfreudigkeit** in Bayern und anderswo beleben, durch Reichsgesetz hat er sich zudem jede Belehrung verbeten. Aber auf eines möchten wir Herrn Wirth aufmerksam machen: „**Die demokratische Republik**, die er durch Gesetze schützen möchte, **ist die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats.**" Diese Tatsache kann Herr Wirth in der Wochenschrift „Neue Zeit", 20. Jahrg., 1. Bd., S. 11, aus der Feder Friedrich Engels, in dessen Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs von 1891 nachlesen. Da wir in Bayern von einer „Diktatur des Proletariats" seit den Rätetagen eine ganz eigentümliche Vorstellung haben, möge Herr Wirth uns gnädigst verzeihen, wenn wir seinen volksbeglückenden Diktaturmaßnahmen einigen Widerstand entgegensetzen. Wenn er sich, wie der deutschnationale Abgeordnete Gräf ihm vorgeworfen hat, durch den „Theaterdonner der Sozialdemokraten" hat einschüchtern und beeinflussen lassen, so ist es bei uns noch nicht so weit. Denn zu Besorgnis gibt unser Zustand noch keine Veranlassung. Es ist vollkommen unnötig, uns „Kriminalpsychologen" ins Haus zu schicken, für die ein dankbareres Wirkungsfeld in Berlin sein dürfte. Was Herr Wirth so halbamtlich erfahren hat, das möchten auch wir in bezug auf die Bespitzelung Bayerns und Münchens Herrn Wirth unter das Riechwerkzeug reiben: „Kaum etwas könnte bei der heutigen Stimmung in Bayern vergiftender wirken, als eine solche geheime Überwachung der bayerischen Behörden und des bayerischen Volkes."

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Nachrichten des Jugendbundes

Am Samstag, den 15. Juli, abends 7.30 Uhr, findet die am vorigen Samstag ausgefallene Bücherausgabe statt. An pünktliches Erscheinen wird erinnert.

Nachrichten der Sturmabteilung

Nächste Zusammenkunft der Abteilung A am Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 Uhr. Treffpunkt Endstation Linie 24 bei der Leonrodstraße. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird besonders den neu hinzugetretenen Mitgliedern der S.A. zur Pflicht gemacht.

Damit jeder die Möglichkeit hat, sich für diesen Tag freizuhalten, wird schon heute bekanntgegeben, daß der nächste Ausflug der Sturmabteilung am Sonntag, den 23. Juli, stattfindet. Näheres erfolgt durch die Gruppenführer. An diesem Ausflug wird auch die Abteilung B aufgefordert, teilzunehmen.

Sektionsversammlungen

Mittwoch: Neuhausen, Restauration Prinz Alfons, Prinz-Alfons-Straße.

Sektion München-Süd, Gasthaus Schwalbenstein, Ecke Thalkirchner-Reifenstuelstraße.

Donnerstag: Sektion Pinakothek und Schwabing. Sprechabend im Gasthaus „Allotria", Türkenstraße 33.

Samstag: Kegelabend im „Juligarten", Baaderstraße 27.

Jeden **Sonntag**, abends, Treffpunkt im „Blauen Bock", Blumenstr. 16.

Mitteilungen anderer Ortsgruppen

Ortsgruppe Berchtesgaden. Jeden 2. und 4. Samstag jeden Monats Sprechabend im Gastzimmer des Salzbergwerks Berchtesgaden.

Ortsgruppe Bad Tölz. Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat Sprechabend im „Oswaldbräu" (Nebenzimmer). Beginn abends 8 Uhr. — Nächster Sprechabend Donnerstag, den 20. Juli.

Ortsgruppe Halle a. d. S. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Sprechabend im „Franziskanerbräu", Große Märkerstr.

Ortsgruppe Hannover. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, in Kauers Gesellschaftshaus, Voßstr. 12 (Fernruf 7765), Sprechabend mit Vortrag und freier Aussprache. Besondere Einladungen werden nicht mehr ergehen.

Ortsgruppe Mannheim. Jeden Montagabend Sprechabend im „Alten Fritz", U 6. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Stuttgart. Es finden in jeder 2., 3. und 4. Woche jeden Monats Mittwoch, abends 8 Uhr, im Nebenzimmer des „Schwarzwälder Hofes", Sophienstraße 10, Sprechabende statt. Die Mitglieder werden gebeten, regelmäßig zu erscheinen und Bekannte mitzubringen.

Ortsgruppe Karlsruhe. Die Sprechabende finden nunmehr im Lokal „Zur Linde" (Zirkel) statt und zwar jeden Donnerstag abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Plauen. Sprechabend jeden Mittwoch von halb 9 Uhr an im Parteilokal, Fürstenstraße 29. Übungsabende der S.-A. jeden Mittwoch und Freitag von 7—9 Uhr in der Turnhalle der 6. Bürgerschule, Reissigerstraße.

Ortsgruppe Dortmund. Nächster Sprechabend Dienstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Thiemann, Olpe 43.

Ortsgruppe Stettin. Die Ortsgruppe hält jeden ersten Freitag im Monat ihre ordentliche Versammlung im Restaurant „Elisabethquelle", Elisabethstraße 19, abends 8¼ Uhr ab. An unsre Genossen von der „Internationalen".

Versammlung im Bürgerbräukeller

Am 11. Juli hatte die Parteileitung eine große Versammlung im Bürgerbräukeller einberufen, deren zahlreicher Besuch gerade deshalb besondere Erwähnung verdient, als die Parteimitglieder in der augenblicklich von den Judenschutztruppen der Linksparteien aufs höchste getriebenen gefährlichen Siedehitze der Gegnerschaft zeigten, daß sie nicht bloß mit dem Munde unserer Partei und ihren Zielen sich verschrieben haben, sondern bereit sind, ihre Überzeugung auch gegenüber den „geistigen" Waffen der Rucksackpartakisten zu vertreten, wenn es nottut.

Hätte der Gegner geglaubt, durch die augenblickliche Niederknebelung Hitlers die Partei ins Leben zu treffen, sie kleinmütig und verzagt zu machen, so bewies gerade diese Versammlung, daß sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Der Geist unserer Partei erwies sich erst recht als lebendig, und sogar weit über die Grenzpfähle Bayerns hinaus lebt dieser Geist mit genau derselben Kraft und Zähigkeit wie hier. Sonst hätte ein Redner aus dem Kreise der österreichischen Nationalsozialisten es nicht der Mühe wert gefunden, hier mit derart zündenden Worten vor die Öffentlichkeit zu treten. Daß es hier und dort derselbe Geist ist, der die Nationalsozialisten beseelt, ging zum Greifen deutlich aus der Rede des Parteigenossen **Koller** (Salzburg) hervor. Der Redner versichert, daß die Brüder in Österreich sich nach der Vereinigung mit den Brüdern im Reiche sehnen, daß sie mit aller Kraft an der Verwirklichung dieser Vereinigung arbeiten; er weist aus der Geschichte des Sturzes Österreichs genau denselben Feind und genau die gleichen Methoden dieses Feindes, des internationalen Börsenjudentums, nach, die auch Deutschland zu Fall gebracht haben. Die Not schließt uns zusammen. Es ist unmöglich, in ausführlicherer Weise über die äußerst interessanten Einzelheiten der packenden Rede Kollers zu berichten, so verlockend es auch wäre.

Die Partei zeigte durch diese Versammlung, daß Hitlers Geist in der Partei lebendig ist und bleibt, auch wenn man den Rufer und Wächter dieses Geistes, Adolf Hitler, hinter Gefängnismauern hält.

Der Ehrenvorsitzende, Parteigenosse Drexler, hatte bei Eröffnung der Versammlung in ganz energischer Form die jüngste Verleumdung der „Münchener Post" zurückgewiesen, als sei im Ausschuß der Partei im vorigen Jahre die Ermordung Erzbergers vorbereitend geplant worden. —r—.

Protest

Die am 11. Juli 1922 von über 1500 Personen besuchte Versammlung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei im großen Bürgerbräusaal protestiert auf das energischste gegen die beabsichtigte Entlassung des Gründers der Partei, Herrn Anton **Drexler**, aus seiner Arbeitsstelle, an der er nun bereits 20 Jahre steht.

Es kann unter keinen Umständen angehen, daß unser Parteigenosse lediglich wegen seiner politischen Überzeugung auf die Straße geworfen wird. Anton Drexler, ein Mann, beseelt vom reinsten Idealismus, welcher seit Bestehung unserer Bewegung in uneigennützigster Weise für diese eingetreten ist, steht moralisch so hoch, daß jede Verleumdung an ihm zerschellen muß.

Wenn dieser ungeheuerliche Gedanke der Arbeitsentlassung von seinen eigenen Arbeitskollegen ausgegangen sein sollte, so wissen wir, daß das nur eine Folge der maßlosen Verhetzung durch die jüdisch beeinflußte Presse ist.

Auch für diese verblendeten Arbeitsgenossen wird noch die Einsicht kommen.

Viele tausend deutscher Zungen aber rufen der maßgebenden entscheidenden Stelle zu, daß es den elementaren Grundsätzen eines Freistaates zuwiderliefe, einen Mann wie Anton Drexler, makellos von Scheitel bis zur Sohle, wegen seines aufrichtigen Charakters und seiner treudeutschen Gesinnung von seiner Arbeit zu weisen.

Was wir für Drexler verlangen ist nicht Gnade, sondern nur das Recht auf Arbeit als freier Staatsbürger.

Dieser Protest fand die begeisterte Unterstützung der ganzen Versammlung und einstimmige Annahme.

Deutscher Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft

Der „Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft" hat es sich zur Aufgabe gemacht, in der für den 20. Juli im Festsaale des Mathäser einberufenen großen **öffentlichen** Versammlung zur internationalen Anleihe Stellung zu nehmen. Herr **Bernhard Köhler** wird in der von ihm bekannten scharfdurchdachten Weise, die ganze Frage und ihre Folgen für Deutschland und die Welt überhaupt beleuchten. Wir machen daher auf diese Versammlung besonders aufmerksam und geben auf diesem Wege die an uns ergangene Einladung des Kampfbundes unseren Parteigenossen zur Kenntnis. —r—

Kleine Nachrichten.

Münchener Volkstheater: Sonntag, 16. Juli, nachmittags 4 Uhr, zu ermäßigten Preisen: „Schwester Chrysantheme." Sonntag, 16. Juli, bis Samstag, 22. Juli, abends ½8 Uhr: „Die Königin der Nacht."

Münchner Theater: Sonntag, 16. Juli, bis Samstag, 22. Juli, abends ½8 Uhr: „Matheis brichts Eis."

Verantwortlich für die Schriftleitung: **Dietrich Eckart**. — Für den Anzeigenteil: Philipp Bouhler. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. — Sämtliche in München.

GASTSTÄTTE ROSEN-CASINO
Schwanthalerstraße 19, am Stachus. Telephon-Nummer 54152
Erstklassige Küche zum Mittag- und Abendtisch
Angenehmster Familienaufenthalt. / Abendmusik
Anton und Anna Keppner

Spurlos verschwunden
sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pusteln, Pickeln, Gesichtsröte, Blütchen usw. durch tägl. Gebrauch der allein echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.

Hackerbräu-Ausschank
Peterhof-Spiele
Marienplatz 26
Erstklassiges Familien-Programm
Täglich 8–11 h
Sonn- und Feiertags 4 und 8 Uhr
ebenso morgens 10 Uhr
Urfideler Frühschoppen
mit Wiener Schlager und Musik.
Anerkannt gute Küche.
15%iges Hackerbräu-Märzenbier
Die Direktion.

Zirkus
Krone-Bau, am Marsfeld
Jeden Abend 7.15 Uhr das
Weltstadt-Programm
dazu das gewaltige Manege-Schaustück
Krone und Fessel
300 Mitwirkende. 8 berühmte Gäste!
Vorverkauf: Oberpollinger, Hieber, Zirkuskassen

An- und Verkauf
von guten älteren und modernen Büchern, alten Stichen, Ansichten und Porträts, frühen gestochenen Noten, Handschrift., Manuskript.
Friedrich Müller, Antiquariat,
München, Amalienstraße 61.

Löwenbräukeller
Täglich große KONZERTE
Erstklassige Kapellen

RADFAHRER!
Eine Strafe
ist der zu teure Einkauf. Wir bieten an:
Fahrrad-Decken . . . Mark 170.—
Gebirgs-Decken . . . Mark 245.—
Schläuche . . . . . Mark 60.—
Freilaufnaben . . . Mark 410.—
Lenker, hochgeb. . . Mark 150.—
Speichen . . . . . Mark 110.—
Ketten . . . . . Mark 115.—
Sättel . . . . . . Mark 240.—
Wiegmann & Co.
Römerstraße 7/0 Kein Laden!

PAUL FUCHS / PAUL TAFEL
Architekturbureau u. Unternehmung
für Hoch- u. Tiefbau — G. m. b. H.
KAULBACHSTRASSE 32 — FERNSPRECHER NR. 23163
Übernehmen noch Bauarbeiten und Projektbearbeitung jeder Art!

2 sichere Wegweiser
aus dem kommenden Chaos
1. Paul Kamke, Der unsichtbare Kampf der Geister und die Zukunft Deutschlands. Zugleich ein Mahnruf an alle arischen Völker.
2. Paul Kamke, Durch die Hölle zur Helle. Geistige Grundlagen der deutschen Zukunftspolitik.
Preis: Je M. 12,— und M. 1,— Porto
Zwei Welten-Verlag, W. Heimberg, Stade
Postscheck-Konto: Hamburg 31268

Soeben erschienen:
Licht in Deutschlands Nacht!
Der Marxismus wissenschaftlich widerlegt!
Ein Aufruf an die deutsche Nation
von Ernst Neubert.
Mit einem Nachwort über „Sozialwirtschaft" von Cl. Leubel.
Preis M. 20,—
Neubert war bisher Anhänger der äußersten Linken und hat sich zum deutsch-völkischen Gedanken innerlich durchgerungen. Sein Werk ist seine Seele.
Verlag C. Deutelsbacher & Co., Inhaber: Max Heinzmann, Dresden-A. 1, Marienstraße 18. Postscheckkonto: Dresden 11(?)671.

Kauft keine Feindbundwaren!

Münchner Künstler-Ring
Inhaber und Direktor: Adam Müller
Erstklassiges Familien-Programm
Tel. 53353

200%
Ein Paar Damensohlen m. Abs. von M. 30,- an, ein Paar Herrensohlen mit Absatz von M. 35,- an, Kindersohlen schon von M. 15,- an verkaufe ich zu Großfirmenpreisen direkt an Privatleute. Nur allerbeste Lohgerberkernsohlen kommen zum Versand. Große Auswahl in billigen Gummisohlen u. Gummiabsätzen. Umtausch gestattet. Verlangen Sie gratis Preisliste gegen Rückporto.
J. Petersen, Flensburg, Friesische Str. 100.

Alt-Papier
Zeitungen, Bücher, Hefte, Akten, Stampf, Papierspäne, sämtl. unt. Garantie des Einstampfens. Flaschen verschied. Art, weiße Glasscherben, Metall u. Metallabfälle
Lumpen, Rupfen
neue Stoff-Abfälle aller Art kauft stets jedes Quantum, groß und klein, zu allerhöchsten Preisen und holt frei ab
Jos. Duschl's
Rohprodukten- und Altpapier-Großhandlung
Dachauer Str. 21/0, 2. Hof links, Tel. 55236.

Anzeigen im „Beobachter" haben größten Erfolg!

Heilanstalt für Haut- u. Geschlechtsleiden, Syphilis, Haar- u. Harnkrankheiten, Sex. Neurasthenie, Salvarsan, Blutuntersuchung, Kosmetik, Röntgenbehandlung bei Hautleiden. Sprechst. tägl. von 10–1 und 3–½7, außer Samstags.
Dachauer Str. 15 nächst d. Hauptbahnhof. Dr. med. J. Kopp.

Galvanische Anstalt
O. Adam
übernimmt a. Art Schleif-, Polier- und Vernicklungsarbeiten bei garant. rascher und solider Ausführung.
München, Baaderstr. 82.

Altmetalle
Alteisen
Flaschen
Papier
kauft zu höchsten Tagespreisen
H. Rampf
München, Thierschstraße 42.

Das Sichtennenlernen vermittelt unauffällig der Völkische Frohe-Bund, Neuruppin 41. Näheres 3 M.

DEUTSCHE!
kauft bei den Geschäften, die im „BEOBACHTER" inserieren!